

Jan Pospisil

Resilience und Fragilität: Ein konzeptioneller Wandel im entwicklungspolitischen Verständnis von Sicherheit?

Seit einigen Jahren findet der Begriff „Resilience“ in jenen Konzept- und Strategiepapieren der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Verwendung, die sich mit Problemstellungen entlang des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus auseinandersetzen. Insbesondere wird er in jüngster Zeit im Kontext der Frage um mögliche entwicklungspolitische Antworten auf so genannte „fragile Staaten“ oder „fragile Situationen“ verstärkt angewandt und diskutiert.

Im entwicklungspolitischen Kontext taucht der Begriff erstmals in einem Konzeptpapier auf, das im Jahr 2008 vom *Development Assistance Committee* (DAC) der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD), dem zentralen Forum aller (traditionellen) bilateralen Geber, veröffentlicht wurde. Das Papier befasst sich mit der Frage des Staatsaufbaus in fragilen Situationen. „Resilience“ bezeichnet darin eine mögliche Zielbestimmung im Kontext entwicklungspolitischer Arbeit unter den Bedingungen fragiler Staatlichkeit (OECD 2008). Im Jahr 2009 folgt der *Europäische Entwicklungsbericht* (ERD), der „Resilience“ als zentralen Ankerpunkt eines eigenständigen europäischen Ansatzes in der Überwindung von Fragilität, vor allem in Sub-Sahara-Afrika, behauptet.

Wenig später übernehmen auch Konzeptpapiere bilateraler Geberinstitutionen wie des deutschen *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ, vgl. BMZ 2009) sowie Forschungsnetzwerke diese neue Begrifflichkeit. Die *Europäische Vereinigung von Entwicklungsforschungs- und -trainingsinstitutionen* (EADI), setzt sich für ihre Generalkonferenz im Jahr 2011 ebenfalls zum Ziel, neue Werte, Stimmen und Allianzen für eine Verstärkung von „Resilience“ zu bilden.

Trotz dieser zunehmenden Erwähnungen ist der Begriff in der entwicklungspolitischen Debatte derzeit noch weitgehend unbestimmt und unklar. Diese Unklarheiten zeigen sich exemplarisch an den inkonsistenten, bisweilen seltsamen, in jedem Fall aber unzureichenden Übersetzungsversuchen ins Deutsche: So spricht die deutsche Ausgabe des Europäischen

Entwicklungsberichtes von „Erholungsfähigkeit“ (vgl. ERD 2009b: 73ff). Das BMZ vermeidet in seiner Übersetzung des englischen Titels „Promoting Resilient States and Constructive State-Society Relations“ ersteren Aspekt überhaupt und spricht in der deutschsprachigen Ausgabe (bemerkenswerterweise erst lange nach dem englischen Original veröffentlicht) einzig von der „Förderung konstruktiver Staat-Gesellschaft-Beziehungen“ (BMZ 2010), um in weiterer Folge auf „widerstandsfähige Staatsstrukturen“ (ebd.: 3f) oder wiederum „konstruktive“ Staat-Gesellschaft-Beziehungen (ebd.: 8) zu verweisen.

Der folgende Beitrag soll den Fragen nachgehen, wo das Konzept der *Resilience* seinen Ursprung hat und welche Bedeutungen es in welchem Zusammenhang entfalten kann oder, im Sinne der Geberdebatten, entfalten soll. Ziel des Beitrages ist damit nicht eine mögliche genauere Bestimmung oder Weiterentwicklung des Begriffs, sondern eine erste Bestandsaufnahme über seine Bedingungen und konstitutiven Elemente. Diese Bestandsaufnahme soll auch dazu dienen zu diskutieren, ob „Resilience“ eventuell einen grundsätzlichen Wandel repräsentiert, der über den unmittelbaren Kontext des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus hinaus eine weitergehende, paradigmatische Veränderung im Verständnis von Entwicklungspolitik und ihren Zielsetzungen kennzeichnet.

Vorbedingungen von „Resilience“: Fragilität an Stelle gescheiterter Staatlichkeit

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Etablierung des „Resilience“-Begriffes im entwicklungspolitischen Diskurs war eine Wandlung in der Rezeption und dem Verständnis von Entwicklungskrisen. Als markantestes Beispiel dafür kann die Entwicklung der Diskussionen um die Problematik von Staatsschwäche gesehen werden. Im Zusammenhang mit einer sich generell verändernden Wahrnehmung auf internationale Problemlagen nach Ende des Kalten Krieges rückte die Frage von Staatlichkeit als Herausforderung und konkrete Aufgabenstellung von Entwicklungspolitik ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend in den Mittelpunkt (vgl. Bilgin & Morton 2002, Bøås & Jennings 2005).

Der Charakter der Diskussion und die angewandten Begrifflichkeiten orientierten sich anfangs allerdings stark am Gedanken eines idealtypischen Weges. Dementsprechend waren sie geprägt von Begriffen wie „struktureller Stabilität“ (vgl. Klingebiel 2002), „Good Governance“¹, oder, vor allem in der offiziellen bundesdeutschen Diktion, „entwicklungsorientierter

1 Für einen Überblick über die frühe Diskussion und Verwendung des Begriffs vgl. Fuster 1998

Regierungsführung“ (BMZ 2007). Demgegenüber wurden abweichende Entwicklungen im Sinne von Fehlern, Defekten und, im weiteren Verlauf, im Sinne eines Versagens von Staatlichkeit interpretiert: Die Rede von „scheiternden“ („failing“) und „gescheiterten“ („failed“), mitunter sogar „kollabierten“ („collapsed“) Staaten dominierte im Anschluss an wissenschaftliche Vordenker wie Robert Rotberg (2003, 2004) und andere (s. beispielsweise Debiel u.a. 2005, Schneckener 2006) die Debatte.

Über die Verbindung von schwacher Staatlichkeit und regionalen Konflikten an der Peripherie, wie sie beispielsweise in der immer noch gültigen Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 zum Tragen kommt (vgl. EU 2003), wird Entwicklungspolitik verstärkt als integraler Bestandteil sicherheitspolitischer Strategien definiert. Dabei ist zunächst die qualitative Veränderung dieser Sicherheitsorientierung zu der zweifelsfrei ebenfalls sicherheitspolitischen Rolle insbesondere US-amerikanischer Entwicklungsstrategien als antikommunistische Maßnahmen des Kalten Krieges hervorzuheben: Nun sollte Entwicklungspolitik nicht mehr nur der allgemeinen Interessenswahrung dienen, vielmehr sollten konkrete Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit unmittelbar an bestehenden Sicherheitsproblematiken ansetzen.

Entlang dieser Vorgaben entwickelt sich ein Entwicklungs-Sicherheits-Nexus, der sich allerdings keineswegs in der Integration konfliktbearbeitender oder friedensschaffender Maßnahmen in den Kanon der Entwicklungszusammenarbeit erschöpft. Dieser Nexus ist, wie Mark Duffield (2007: 136) hervorhebt, auch zentral mit Maßnahmen der Kohärenz, strategischen Koordinierung und Prozessen einer strategischen *Framework*- und Planentwicklung sowie dem Projekt der institutionellen Reform von Geberorganisationen verknüpft. Er zielt also nicht mehr auf die Empfängerländer, sondern wesentlich auf die Geberländer selbst ab.

Es sind vor allem diese Herausforderungen, die zu einer immer engeren Verbindung und schließlich zu einer faktischen Verschmelzung mit der nun als entwicklungspolitischer Herausforderung begriffenen Frage peripherer Staatlichkeit führen. Offensichtlicher Kulminationspunkt dieser Entwicklung ist die Zusammenführung der beiden DAC-Arbeitsgruppen zu Frieden und Konflikt (*Network on Peace, Conflict and Development Cooperation* – CPDC) sowie zu fragiler Staatlichkeit (*Fragile States Group* – FSG) zur derzeit relevanten Arbeitsgruppe INCAF (*International Network on Conflict and Fragility*) im Jahr 2009. Von diesem Zeitpunkt an ist die konzeptionelle Arbeit zu Fragen von unmittelbarer Sicherheitsrelevanz und von peripherer Staatlichkeit im Rahmen der bilateralen Gebergemeinschaft verschmolzen.

Im Sinne eines stabilitätsorientierten Ansatzes konzentriert sich das konkrete Projekt *State-Building* zunächst zentral auf die Ebenen der Institutionsentwicklung, der Rechtsstaatlichkeit oder, etwas später, der Sicherheitssektorreform (SSR). Mitte der 2000er Jahre nimmt die Verwendung solcher auf staatliche Stabilität fokussierenden Begrifflichkeiten rapide ab. Stattdessen nimmt der Begriff „Fragilität“ in *Policy*-Papieren (s. beispielsweise USAID 2005, DFID 2005) oder wissenschaftlichen Referenz-Arbeiten (wie etwa Clingendael Institute 2005) die entscheidende Rolle ein. Diese Verschiebung von „schwachen“, „scheiternden“ und „gescheiterten“ Staaten hin zu einem im Hinblick auf den gewählten Bezugspunkt zunehmend offen gestalteten Fragilitätsbegriff – von „fragilen Staaten“ hin zu „fragilen Situationen“ und „Fragilität“ ohne weitere genauere Bezugnahme wird das beschriebene Feld immer unkonkreter – geschieht implizit. Es ist keine offene Kritik an der zuvor verwendeten Diktion des Defektes und des Scheiterns zu hören. Vielmehr handelt es sich um eine schleichende Veränderung.

Deren Ursachen sind auf wissenschaftlicher Ebene bislang nur unzureichend reflektiert. Als wesentliche unmittelbare Ursachen können insbesondere drei Faktoren angenommen werden (vgl. dazu Pospisil & Werther-Pietsch 2009): Erstens besteht bei einer expliziten Bezeichnung eines Partnerlandes als „scheiternder Staat“ das unmittelbare Risiko diplomatischer und politischer Verwicklungen. Zudem kann die offene Bezeichnung eines Partnerlandes als „schwach“ oder „gescheitert“ die Machtbasis der dortigen Regierung nachhaltig unterminieren. Demgegenüber lässt die Konstatierung einer „fragilen Situation“ einen ungleich größeren Spielraum, zielt eine solche Feststellung doch eher auf strukturelle Prozesse denn auf konkretes Politikversagen ab.

Zweitens ist die Bilanz des ersten Jahrzehntes aktiver Maßnahmen zur Staatsstabilisierung und Staatsentwicklung bestenfalls gemischt. Das lange Zeit von der Zielsetzung der Stabilisierung geprägte Paradigma der Institutionenentwicklung – im Sinne der Schlagworte von guter Regierungsführung, „Rule of Law“ und staatlichem Gewaltmonopol – entfaltete bei weitem nicht jene Wirksamkeit, die sich die Geber versprochen hatten. Angesichts solcher praktischer Misserfolge erwies sich eine Zustandsbeschreibung „gescheiterter Staatlichkeit“ als im Konkreten wenig hilfreich. Dies gab u.a. einen wesentlichen Anstoß zu einer Änderung der Diktion, und damit auch der Blickrichtung auf die gegebenen Symptome (explizit etwa ERD 2009b: 16f).

Drittens schließlich wurde das Phänomen der Staatsschwäche im globalen Kontext, sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf *Policy*-Ebene, immer weniger als ein Entwicklungsdefekt verstanden, der mit einer Orientierung an entsprechenden Blaupausen, insbesondere in der Form moderner

europäischer, integrationsorientierter Staatlichkeit, zu beheben wäre. Beigetragen zu dieser Abkehr hat aller Wahrscheinlichkeit nach die Einsicht, dass „die Rede von den ‘schwachen Staaten’ zu einer verhängnisvollen Unterschätzung der Macht der in ihnen herrschenden Gruppierungen, ihre Interessen ‘auch gegen Widerstreben’ durchzusetzen“, führt (Hauck 2004: 425f). Ausgehend von Rückgriffen auf makrosoziologische und ethnographische Ansätze (insbesondere Migdal 1988, 2001) gelangt die Gebergemeinschaft im Rahmen ihrer Diskussionen im DAC zu der Einsicht, dass ein statisches Verständnis von Staatlichkeit durch einen Fokus auf Staats-Gesellschafts-Beziehungen ersetzt werden müsse (OECD 2011: 20).

Die Durchsetzung des Begriffes „Fragilität“ ist gerade vor dem Hintergrund dieses letzten Faktors nicht einfach als eine simple Änderung der Diktion auf taktischer oder selbst strategischer Ebene zu sehen. Vielmehr bedeutet sie eine paradigmatische Verschiebung der Sichtweise auf spezifische Phänomene in der Peripherie. Diese Phänomene können in neutralisierenden Worten am ehesten als entwicklungspolitische Unsicherheit bezeichnet werden, die durch mitunter gewaltsam ausgetragene Konflikte bedingt ist. In einer ersten Phase wurde diese nach Ende des Kalten Krieges neu entdeckte Unsicherheit zunächst als Ausdruck ungehemmt (wieder) ausbrechender, gewaltsamer Machtkämpfe interpretiert, die sich auf primär nicht-politischem Terrain vollzogen: Traditionelle Identitäten, wie Mary Kaldor (2001: 69f) in ihren Thesen zu „Neuen Kriegen“ hervorhebt, oder ökonomische Gier, wie es Paul Collier und sein Team im Rahmen eines groß angelegten Weltbank-Forschungsprojektes behaupten (Collier & Hoeffler 2001), seien dafür verantwortlich zu machen.

Staatlichkeit bekam als Antwort auf derartige Interpretationen vor allem die Rolle eines disziplinierenden Elements, das durch das Gewaltmonopol und die damit einhergehende Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit die Machtkämpfe in geordnete Bahnen lenken sollte. So sollte der Staat in seiner technokratischen Institutionalisierung dafür sorgen, eine spezifische Re-Rationalisierung der Rahmenbedingungen zu garantieren, die die Austragung dieser Machtkämpfe wenn nicht ganz verhindern, so doch zumindest zivilisieren sollte. Zudem musste auch die völkerrechtliche Repräsentation des betroffenen Territoriums und der dort lebenden Bevölkerung gewährleistet werden, was an der Staatlichkeit als anzustrebender Form dieser Re-Rationalisierung ohnehin keine Zweifel erlaubte. Diese Zielsetzung ließ sich nun relativ einfach in konkrete Maßnahmenzyklen übersetzen. Primär wurde die Entwicklung von Institutionen in Form eines *Institution-Building* als konkreter Ausgestaltung von *State-Building* anvisiert.

In einer solchen Abfolge kommt „Fragilität“ eine nahezu idealtypische synthetische Qualität zu. Aus der sichtbar gewordenen Begrenztheit sowohl der Interpretations- als auch der *Policy*-Ansätze – entrechtlichter und entpolitizierter Konflikte einerseits, einem statischen Verständnis von Staatlichkeit und Staatsversagen andererseits – schafft sie insofern etwas Neues, als sie die Grundgedanken beider Diskussionsstränge aufnimmt und zu einem unspezifischeren, aber dennoch in gewisser Weise konkreteren Konzept vermengt. Damit wird es zur entscheidenden Frage, wie jene soziopolitischen Zusammenhänge, die sich „unserer“ Rationalität einer modernen, auf Basis des Rechts agierenden Staatlichkeit entziehen, dennoch eine solche Staatlichkeit repräsentieren oder zumindest produktiv zu ihrer Repräsentation beitragen könnten.

Der Schlüsselbegriff, der dabei vorwiegend zum Tragen kommt und vor allem die institutionalisierte entwicklungspolitische Debatte um „Fragilität“ zu prägen beginnt, ist die Kontextualität. Es ist daher keineswegs Zufall oder allein die Frage eines sich zum Anthropologischen hin lehrenden entwicklungspolitischen Zeitgeistes, wenn das erste der vom DAC veröffentlichten zehn Prinzipien eines „Guten Internationalen Engagements in Fragilen Staaten und Situationen“ lautet: „Den Kontext als Ausgangspunkt nehmen“ (OECD 2007).

Vielmehr findet sich hier eine Re-Dimensionierung entwicklungspolitischer Problemstellungen auf allgemeiner Ebene wieder: Zustandsbeschreibungen von Unterentwicklung (und zwar aller möglichen Formen von Unterentwicklung) variieren zunehmend und entziehen sich – ganz im Gegensatz zur Intention der in der Gebergemeinschaft noch immer als Mantra reproduzierten *Millennium Development Goals* (MDGs) – jeder Art von Messbarkeit. Je konkreter die angewandten Rezepturen, Konzepte und Maßnahmen, umso weiter zeigen sie sich von der Realität und jeder intendierten Wirksamkeit entfernt.

„Schaden vermeiden“ lautet daher konsequenterweise das zweite Prinzip des „Internationalen Engagements“ in fragilen Staaten und Situationen. Diese Intention geht einher mit einer gewissermaßen wiederentdeckten Bezugsgröße, die im Kontext von „Resilience“ althergebrachte Partner und weitere als entwicklungsrelevant verstandene Einflussgrößen nicht unbedingt ersetzt, aber doch wesentlich ergänzt: die periphere Gesellschaft (vgl. OECD 2011: 11). Diesmal allerdings – im Unterschied zum rechten wie linken entwicklungspolitischen Bestrebungen der 1950er und 1960er Jahre – nicht verstanden als ein im Sinne der Modernisierung zu entwickelnder Organismus, sondern als ein spezifisches Organ einer entwicklungspolitischen

Konfiguration, das, wenn überhaupt, dann nur behutsame Einwirkungen von außen verträgt.

„Resilience“ im Kontext von entwicklungspolitischem *State-Building*

Es ist also davon auszugehen, dass die Debatten in zahlreichen jener *Policy*-Foren, die die Gestaltung des internationalen entwicklungspolitischen Diskurses wesentlich mitbestimmen – im Bereich des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus ist dies im Rahmen des DAC insbesondere die zuvor erwähnte Arbeitsgruppe INCAF –, in den letzten Jahren vorwiegend um Fragen von konzeptionellen und praktischen Grenzen der eingeschlagenen Strategien und der gesetzten Maßnahmen kreisen. Die Entwicklung der bereits angeführten Prinzipien des internationalen Engagements in fragilen Staaten und Situationen ist als ein erstes Resultat dieser Diskussionen zu werten, ein Resultat, das in der Tat im Gegensatz zum noch in den 1990er Jahren feststellbaren gestalterischen Optimismus eine bemerkenswerte konzeptionelle Bescheidenheit an den Tag legt.

Verknüpft wird diese Bescheidenheit allerdings mit einem Ausmaß an Aktivismus, das selbst für traditionell stark mit Papier-Produktion befasste Geber-Foren auffällig ist. Konzeptionelle Bescheidenheit muss, wie dieser Prozess beweist, keinesfalls ein Weniger an Diskussions- und Konzeptpapieren bedeuten. In verschiedenen so genannten *Feeding-Papers* wird eine genaue Ausdifferenzierung der Fragilitäts-Prinzipien vorgenommen, jedes einzelne Prinzip wird dabei gesondert betrachtet. Zu spezifischen Problemstellungen wie „Do No Harm“ (vgl. OECD 2010b) oder der Frage staatlicher Legitimität (vgl. OECD 2010c) werden zusätzliche Broschüren veröffentlicht, weitere befinden sich in Vorbereitung.

Der „Resilience“-Begriff selbst wird im Rahmen dieser Diskussionsprozesse das erste Mal im März 2008 in einem Hintergrund-Papier eingeführt, das unter dem Übertitel „From Fragility to Resilience“ von der *New York University* und der *International Peace Academy* ausgearbeitet wurde (NYU & IPA 2008). Das DAC veröffentlicht dieses Papier wenig später nahezu unverändert, tauscht allerdings Über- und Untertitel aus (nun heißt das Papier „Konzepte und Dilemmata von Staatsentwicklung in fragilen Staaten“, vgl. OECD 2008). Darin wird erstmals eine explizite Definition von „Resilience“ im Kontext der Fragilitäts-Debatte geliefert: Das Papier versteht „Resilience“ als die „Fähigkeit, mit Veränderungen in Kapazität,

Effektivität und Legitimität umzugehen“² (vgl. ebd.: 12). Zudem stellt es das Konzept in expliziten Gegensatz zu einem stabilitätsorientierten Ansatz.³

Aufgegriffen wird der neue Begriff in weiterer Folge, wie erwähnt, zunächst vom *European Development Report 2009*. Ohne Zweifel liegt eine der Intentionen hinter dem gesamten Prozess eines Europäischen Entwicklungsberichtes in der Schaffung eines Gegenwichtes zur anglo-amerikanischen Dominanz in der internationalen entwicklungspolitischen Debatte, wie sie etwa im von der Weltbank herausgegebenen Weltentwicklungsbericht zum Ausdruck kommt. Ein griffiges, avantgardistisches Konzept bietet hierfür naturgemäß eine gute Möglichkeit, noch dazu in der allerersten Ausgabe eines derartigen Berichtes. Dies kann wahrscheinlich als ein wesentlicher Grund für die starke Betonung des zu diesem Zeitpunkt nur sehr eingeschränkt bekannten „Resilience“-Begriffes gesehen werden.

Wie eingangs erwähnt, spricht die deutsche Version des ERD von „Erholungsfähigkeit“, interpretiert in diesem Sinne „Resilience“ also eher als einen verschiedenen Krisen nachgeordneten Prozess. Dagegen könnte eine vergleichbare Übersetzung der Begriffsverwendung im OECD-DAC-Kontext vermutlich am ehesten „Widerstandsfähigkeit“ lauten, verstanden allerdings immer in einem dynamischen, niemals in einem statischen Sinn. Die in Kapitel 5 des ERD gegebene Definition wartet noch mit weiteren Besonderheiten auf: „Die Erholungsfähigkeit eines sozioökonomischen Systems ist abhängig von der Fähigkeit seiner verschiedenen Ebenen (der Haushalte, der Gemeinschaften und der Gesellschaft als Ganzes), auf interne und externe Schocks zu reagieren.“ (ERD 2009b: 73).

Zunächst geht es also an dieser Stelle explizit nicht mehr nur um Staaten, sondern um „sozioökonomische Systeme“: Das erweiterte Kontextverständnis, das schon in der Verschiebung von spezifisch verstandenen „fragilen Staaten“ zu einem viel allgemeineren Verständnis von „fragilen Situationen“ oder „Fragilität“ zum Ausdruck kommt, findet sich also auch in der Zielbestimmung wieder. Dies markiert im Übrigen einen bemerkenswerten Gegensatz zum ebenfalls eingangs erwähnten Konzeptpapier des deutschen BMZ zur Frage der Unterstützung „resilienter“ Staaten. Denn das BMZ-Papier behält durch die beständige ausdrückliche Bezugnahme auf den Staat das Stabilisierungsparadigma bei, versucht es aber im Lichte der neuen konzeptionellen Ansätze zu transformieren. Dabei fungiert die „Förderung politischer Teilhabe“ von gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren als

2 Die Übersetzung dieses und aller weiteren fremdsprachigen Zitate stammt vom Autor des vorliegenden Beitrags.

3 „Wir verstehen nicht Stabilität als Gegenpol zu Fragilität, auch wenn das oft das Ziel externer Akteure gewesen ist, sondern vielmehr Resilience.“ (ebd.)

wesentlicher Brückenkopf (BMZ 2009: 16). Stabilisierung ist somit also nicht mehr (nur) als ein *Top-Down*-Prozess zu verstehen, sondern wird vom produktiven, also legalen und auf ein gemeinsames Organisationsprojekt ausgerichteten Engagement aller wesentlichen sozialen und politischen Akteure garantiert.

Eine derartige Transformation hat der ERD nicht zum Ziel. Vielmehr nimmt er das Motto seines Untertitels „Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Ansatz“ resolut beim Wort. Dies zeigt sich vor allem in der zweiten bemerkenswerten Komponente, die in der im Bericht gegebenen „Resilience“-Definition hervorsteicht: die drei Ebenen des sozioökonomischen Systems. Hier ist nun überhaupt nur mehr von Haushalten, Gemeinschaften und der Gesellschaft als Ganzer die Rede, während der Staat als Bezugsgröße zwar mitschwingt, in dieser Kurzdefinition jedoch faktisch aufgeht. Die zwei explizit auf den Staat verweisenden Subdefinitionen unterstreichen dies eindrücklich: So heißt es erstens, dass das „ordnungsgemäße Funktionieren des Staates (...) die Erholungsfähigkeit eines sozioökonomischen Systems“ unterstütze, zugleich aber auch zweitens, dass „(i)n einem sozioökonomischen System (...) das Management von Anpassungsprozessen in Reaktion auf Veränderungen nicht auf staatliche Institutionen beschränkt“ sei (ERD 2009b: 73). Der Staat wird hier also genau zu dem, was das letzte Jahrzehnt von *State-Building*, anzusiedeln von Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre, eigentlich verhindern oder mittels gezielter Maßnahmen überwinden wollte: ein soziopolitischer Akteur unter vielen, und keineswegs mehr ein mit Gewaltmonopol ausgestatteter Primus soziopolitischer Organisation.

Diese Verschiebung signalisiert den neuen Platz, den das in den letzten Jahrzehnten im entwicklungspolitischen Bereich eher randständige Phänomen Gesellschaft in der Fragilitäts-Debatte erhalten hat. Dabei meint Gesellschaft hier eben nicht mehr, oder zumindest nicht mehr ausschließlich, jene Riege an westlich-demokratisch, in der Sprache des BMZ „entwicklungsorientiert“ ausgerichteten NGOs, die lange Jahre das unumstrittene entwicklungspolitische „Donor-Darling“ in Kontexten so genannter „schwieriger Partnerschaften“ – damit sind Kooperationen mit Staaten gemeint, deren Strukturen als schwach, unfähig oder undemokratisch wahrgenommen werden – repräsentierten.

Vielmehr geht es nun um eine positive Bezugnahme auf alternative gesellschaftliche Organisationsformen, die sich im Gegensatz zur organisierten Zivilgesellschaft nicht mit zumeist kritischer Bezugnahme auf den Staat – eben als ziviler Nicht-Staat – organisieren, sondern sich überhaupt außerhalb des staatlichen Kontextes bewegen. Dies schließt auch, zumindest potenziell,

die Einbindung der Nicht-Einbindungswilligen ein, jene „starken Männer“ („Strongmen“) des nun wieder oft zitierten Joel Migdal – insbesondere rezipiert wird Migdal 1988 – ebenso wie die lange geschmähten traditionellen Autoritäten, denen verstärkt eine zentrale Rolle in der Ausgestaltung eines staatlichen Ordnungsrahmens zugesprochen wird.

Es gilt hier allerdings zu bedenken, dass diese Interpretationen angesichts des gegenwärtigen Standes der Debatte etwas verfrüht sein mögen. Zweifellos deuten praktische politische Initiativen markant in diese Richtung. Als Beispiel kann der in Afghanistan immer stärker lancierte Ansatz der US-geführten Allianz gelten, auch mit jenen Kräften zu reden und zu verhandeln, mit denen zwar grundsätzlich keinerlei Übereinstimmungen – schon gar nicht in Staatlichkeit betreffenden Fragen – bestehen, die aber gegebenenfalls bereit wären, im Falle weitreichender Zugeständnisse von offener Feindschaft abzusehen. Zugleich jedoch ist es nicht nur das Konzeptpapier des BMZ, das Staatlichkeit nach wie vor als wesentliche Bezugsgröße definiert.

Andere große bilaterale Geber erwähnen den Begriff „Resilience“ derzeit nicht einmal. Frankreich beispielsweise hat sich im Rahmen der INCAF-Debatten explizit gegen seine verstärkte Verwendung ausgesprochen. Das DAC als Forum, in dem in komplexen Verhandlungsprozessen mehr oder minder auch die Ausformulierung international verbindlicher Konzepte passiert, bezieht sich dementsprechend in seinem jüngst lancierten Papier zur Frage der Staatsentwicklung in Situationen von Konflikt und Fragilität (OECD 2010a) in der gegebenen Definition wiederum ganz klar auf den Staat. „Resiliente Staaten“, heißt es da, „sind in der Lage, Schocks zu absorbieren und zu transformieren, sowie radikalen Wandel oder radikale Herausforderungen zu kanalisieren, während zugleich politische Stabilität aufrechterhalten und Gewalt verhindert werden kann“ (ebd.: 21).

„Resilience“ als neues Paradigma im Entwicklungs-Sicherheits-Nexus?

Auffällig an den Definitionen von 2009 und danach, also nach der institutionellen Zusammenführung der Konfliktpräventions- und Staatsentwicklungsgagenden im Rahmen des DAC, ist, dass die zunächst dominierende Beschreibung der hauptsächlichen Herausforderungen als „Veränderung“ – vor allem im Sinne des sozialen Kontraktes wie im DAC-Papier von 2008 (OECD 2008: 17) – durch die viel abruptere und schwerer wiegende Problemstellung „Schock“ – wie im ERD (vgl. ERD 2009a: 1) und im DAC-Guidance von 2011 (OECD 2011: 21f) – ergänzt oder sogar abgelöst wird.

Die Ursachen dafür können vorwiegend in zwei Faktoren gesehen werden, die selbst wiederum interessante Blickwinkel auf das gesamte mit „Resilience“ verbundene Verständnis von Entwicklungspolitik eröffnen.

Erstens sind es zwei markante Krisenentwicklungen, die ab dem Jahr 2008 die Problemwahrnehmungen von Entwicklungspolitik, aber auch die der internationalen Politik im Allgemeinen beeinflussen, wenn nicht sogar nachhaltig verändern: die Krise der Nahrungsmittelpreise von 2008/2009 und die Finanzkrise von 2009. Obwohl beide Krisen als „global“ konstruiert oder nahezu inszeniert werden, waren und sind ihre Auswirkungen auf periphere Staaten und Regionen überaus unterschiedlich und differenziert. Dennoch sind primär sie es – nicht jene bereits bekannten und konzeptionell bearbeiteten Probleme wie lokale oder regionale Gewaltkonflikte –, auf die sich jene „Schocks“ beziehen, von denen in den Konzeptpapieren die Rede ist.

Es bleibt somit unklar, für wen diese Schocks überraschender und in den Auswirkungen nachhaltiger waren: für die Geberländer inklusive jener „neuen Geber“ wie Brasilien oder Indien, die von beiden Krisen viel stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden als etwa die meisten Regionen in Sub-Sahara-Afrika, oder für die Empfängerländer. Die vielleicht wichtigste Schlussfolgerung aus dieser Verwischung von paternalistischer Analyse, tatsächlicher Betroffenheit und daraus folgenden strategischen Konsequenzen ist jene, dass Entwicklungspolitik offenbar gerade im Kontext des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus dazu tendiert, Bedrohungslagen in einem immer globaleren Ausmaß erkennen zu wollen.

Eine derartige Verknüpfung ist entlang der Argumentation von Duffield (2010: 62f) historisch folgerichtig. Schließlich unterscheiden sich die zumindest potenziell betroffenen Bevölkerungen der Peripherie von vorangegangenen Generationen durch ein wesentliches Merkmal: ihre Mobilität. Es sind diese Mobilität und die inhärent in ihr liegende Möglichkeit von massenhaften Bevölkerungsbewegungen von den Peripherien in die Zentren, die diese „Schocks“ tatsächlich global werden lassen. Damit werden sie nun zur originär entwicklungspolitischen Herausforderung im Sinne des „aufgeklärten Eigeninteresses“ der Geberländer.

Dieses Eigeninteresse, politisch über den Zusammenhang von Migration und Sicherheit konstruiert (vgl. Bauböck 2004), entspricht, so Duffield, einem zu konstatierenden Wandel in der grundlegenden Zielsetzung von Entwicklungspolitik seit Ende des Kalten Krieges: von einem Instrument zur Abwehr des Kommunismus zu einem des „Containment“, diesmal aber im Sinne der Abwehr potenziell mobiler Bevölkerungen aus den Peripherien.

Hierin liege die zentrale, wenn auch unausgesprochene Zielrichtung des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus.⁴

Der zweite Faktor, der die Beschreibung der Herausforderungen als „Schocks“ begünstigt, liegt im Charakter des „Resilience“-Konzeptes selbst. So neu der Begriff – oder zumindest seine derzeitige Anwendung – in der entwicklungspolitischen (und hier vor allem in der Fragilitäts-)Debatte auch ist, gehört er in anderen Bereichen von Politik, vor allem aber in der *Policy*-Gestaltung seit längerem zum Standardrepertoire von Konzepten und Doktrinen, die auf die Steigerung einer im jeweiligen Kontext zu interpretierenden, spezifischen Form von Sicherheit abzielen. In der Nationalen Sicherheitsstrategie Großbritanniens aus dem Jahr 2008 beispielsweise bildet „Resilience“ – gemünzt auf Großbritannien selbst – die zentrale Zielbestimmung, auf die alle vorhandenen oder noch zu entwickelnden Kapazitäten auszurichten seien (Cabinet Office 2008: 9, 26).

Im Konkreten ist es ein breites Spektrum an Sicherheiten, die mit „Resilience“ in Zusammenhang gebracht werden: die Frage der Basisinfrastruktur und ihre „Resilience“ etwa im Verhältnis zu potenziellen terroristischen Anschlägen, die Frage der Sicherheit von Computernetzwerken im Kontext von *Cyberwar* und Cyberkriminalität oder die „Resilience“ von Wirtschaftssystemen angesichts ökonomischer Krisenentwicklungen. Am weitesten fortgeschritten ist die Anwendung des Begriffes wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsforschung im Rahmen sozio-ökologischer Systeme. Auf dieser Ebene arbeitet beispielsweise mit der „Resilience Alliance“⁵ ein bereits im Jahr 1999 etabliertes Forschungsnetzwerk an theoretischen Weiterentwicklungen und konkreten Implikationen des Begriffs.

Die von der „Resilience Alliance“ angewandte Definition klingt vergleichsweise simpel: „Ein ‘resilientes’ Ökosystem kann Schocks widerstehen und sich selbst, wenn notwendig, wiederherstellen. Resilience in sozialen Systemen umfasst die zusätzliche Kapazität von Menschen, zu antizipieren und für die Zukunft zu planen.“⁶ Diese angesprochene Antizipations- und Planungskapazität ist entlang gängiger Debatten ebenso gut als ein Ausdruck von „Nachhaltigkeit“ zu verstehen, vielleicht dem entwicklungspolitischen Schlüsselkonzept der letzten zwei Jahrzehnte.

4 „Die globale Eindämmung der informellen Zirkulation ist der üblicherweise unausgesprochene Hintergrund, vor dem der gegenwärtige Entwicklungs-Sicherheits-Nexus operiert.“ (Duffield 2010: 63)

5 <http://www.resalliance.org/>.

6 „A resilient ecosystem can withstand shocks and rebuild itself when necessary. Resilience in social systems has the added capacity of humans to anticipate and plan for the future.“ (Vgl. <http://www.resalliance.org/index.php/resilience>, 3. 1. 2011)

Wenngleich eine solche Begriffsverwendung in Bezug auf Ökosysteme und Umweltfragen gewissermaßen naheliegend erscheinen mag, ist angesichts seiner, wie geschildert, immer breiteren Anwendung und der mit ihm verbundenen Logik in anderen sozialen, ökonomischen und politischen Kontexten eine weitergehende Einordnung entlang der sich in Veränderung befindlichen Paradigmen von Entwicklungspolitik unabdingbar. Insbesondere ist dabei die von Duffield (2007: 67ff) diskutierte Verbindung des Nachhaltigkeits-Konzepts mit der Zielbestimmung der Eingrenzung und Fernhaltung („Containment“) der Peripherien hervorzuheben.

Duffield interpretiert die Durchsetzung und langfristige Verankerung von „Nachhaltigkeit“ im Kontext von Entwicklungspolitik keineswegs als Ausdruck einer hier nun eingekehrten Ökologisierung oder langfristigeren Zukunftsorientierung. Vielmehr erkennt er darin die endgültige Abkehr von, natürlich antikommunistisch konnotierten, Modernisierungsversprechen einer nachholenden Entwicklung. Ersetzt wird dieses Versprechen durch eine zunehmende Verknüpfung der Peripherie mit Sicherheitsbedrohungen bei der gleichzeitigen Erkenntnis, dass ein durch entwicklungspolitische Maßnahmen hervorgerufenen „Aufholen“ nicht mehr möglich sein wird (ebd.).

Damit wird das nachhaltige Agieren der betroffenen Staaten – auf dieser Ebene eng verknüpft mit den Begrifflichkeiten von „Guter Regierungsführung“ – und ihrer Bevölkerungen zur neuen Orientierungsgröße, wobei dies nicht mehr als Ziel-, sondern angesichts der damit einhergehenden Nivellierung der Ansprüche als Prozessbestimmung verstanden werden muss. Nachhaltigkeit bedeutet demgemäß nicht nur die Beendigung des Versprechens globaler Modernisierung. Sie wird auch zum Konzept eines globalen „Containment“ im Sinne der Eindämmung globaler Bedrohungslagen, insbesondere der Gefahr überbordender Zirkulation peripherer Bevölkerungen.

Nun zeichnen nicht mehr die zumeist selbst aus einer Kolonialgeschichte kommenden Geber im klassisch paternalistischen Sinne für die nachholende Modernisierung der von ihnen zu Unterentwickelten Erklärten verantwortlich, sondern eben diese Unterentwickelten haben selbst die Verantwortung für ein nachhaltiges Agieren zu übernehmen: „Containment“ durch „Self-Reliance“ in den Worten Duffields (ebd.), also die Verantwortung, selbst und vor allem vor Ort jene notwendigen Dynamiken zu entwickeln, um Schocks abzdämpfen und Veränderungen abzufedern – ganz im Sinne der zuvor angesprochenen Adaptions- und Planungsfähigkeit, einer ja per definitionem zutiefst menschlichen Eigenschaft.

Der Begriff „Resilience“, so wie er derzeit in den entwicklungspolitischen Foren diskutiert wird, beschreibt genau diesen Prozess. Ein solches umfassendes Verständnis hat jüngst etwa die EADI aufgegriffen: Sie setzt,

wie eingangs erwähnt, ihre Generalkonferenz im Herbst 2011 unter den die gesamte Problematik aufspannenden Titel „Entwicklung überdenken in einem Zeitalter von Mangel und Unsicherheit: Neue Werte, Stimmen und Allianzen für verstärkte Resilience“.

Alle zuvor angesprochenen Aspekte finden sich in diesem Übertitel: die neuen, schockartigen Bedrohungen durch als global konstruierte Krisenprozesse, die herkömmlichen Problemlagen von klassischer Unterentwicklung im Sinne der MDGs, aber auch das mittlerweile fast schon als konventionell zu bezeichnende Bedrohungsbild peripherer Gewaltkonflikte. „Resilience“ suggeriert hier die universelle Antwort auf all diese Probleme, wenn die Betroffenen – Institutionen wie Bevölkerungen – es gemeinsam mit ihren Entwicklungspartnern schaffen, den Begriff mit einem entsprechenden Wertekanon und entwicklungsorientierten Allianzen mit den ihnen eigenen Dynamiken zu füllen.

Diese grundsätzliche Dimension weist auf die paradigmatische Verschiebung hin, die der Begriff auf Ebene der Entwicklungspolitik allgemein ausdrückt. An die Stelle einer zielorientierten Entwicklungsanstrengung, mit dem von Gebern in letzter Zeit so gern verwendeten Endpunkt einer „Graduierung“ aus entwicklungspolitischen Zusammenhängen im Blick, rückt mit „Resilience“ die Forderung nach einer beständigen Adaptionsleistung. Die vorausgesetzte Fähigkeit, aber auch die behauptete Notwendigkeit zur Adaption nimmt dabei mit der zunehmenden physischen, sozialen, vor allem aber ökonomischen Entfernung von den Zentren entsprechend zu. Diese durch die Geber erhobene Forderung nach Adaption tendiert dazu, konkrete inhaltliche Bestimmungen zu verdrängen:

„Resilience wird so zu einer Maßnahme der Adaptierung von biohumanem Leben; eine notwendigerweise leere Maßnahme, allerdings eine, die politischen Wandel und ökonomische Reform für alle verlangt, am allermeisten von den Schwächsten und Ärmsten“ (Dillon & Reid 2009: 152).

Resilience: Entwicklungspolitik als Bedrohungsabwehr

Zusammenfassend ist dem Europäischen Entwicklungsbericht ohne Zweifel zuzustimmen wenn er konstatiert: „Es handelt sich dabei (bei ‘Resilience’, d.A.) um eine Dimension von Entwicklung, die nicht länger übersehen werden darf“ (ERD 2009b: 73). Der gegenwärtige Trend deutet sogar eher darauf hin, dass der Begriff in relativ kurzer Zeitfrist wahrscheinlich gar nicht mehr übersehen werden kann. Somit hat „Resilience“ das Potenzial, zu einem der Leitkonzepte der Entwicklungspolitik im kommenden Jahrzehnt zu werden.

Dieses Potenzial kann sich allerdings nur mittels einer gewissermaßen radikalisierten Sichtweise auf die Ausgangsproblematik des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus entfalten. Damit ist zunächst eine relativ unmittelbare Aussage im Rahmen der Fragilitätsdebatte gemeint: Die mit Fragilität verknüpften Probleme mögen in der Tat zu vielschichtig sein, um sie mit an der Form europäischer Staatlichkeit orientierten Blaupausen zu bearbeiten. Insofern war die dargestellte Ablösung des auf einem Stabilitätsparadigma beruhenden Konzepts von „Staatschwäche“ und „Staatsversagen“ durch flexiblere und umfassendere Zugänge unvermeidbar.

Die mit „Resilience“ verbundenen Forderungen von Kontextualität und Gesellschaftsorientierung sowie die Ersetzung einer stabilitätsorientierten Sichtweise durch ein dynamisches Herangehen erscheinen in diesem Zusammenhang ebenfalls folgerichtig, wenn nicht gar pragmatisch. Wie gezeigt, finden sich diese Forderungen in den entsprechenden Konzeptpapieren der Gebergemeinschaft wieder. Sie bringen zudem Verweise mit sich, die, dem internationalen Trend zu Kohärenz und integrierten Vorgangsweisen entsprechend, die Grenzen nicht nur zwischen Sicherheits- und Entwicklungs-, sondern auch zwischen Innen- und Außenpolitik verwischen.

Es sind insbesondere diese weitreichenden Aspekte von „Resilience“, die das Potenzial des Begriffes ausmachen. Die Verknüpfung von innen- und außenpolitischen Bedrohungslagen ist an sich kein neuer Prozess. Immerhin reicht die Geschichte des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus in seiner dargestellten, auch auf die Praktiken der Geberländer zielenden Dimension ebenfalls schon gut 15 Jahre zurück. Mit „Resilience“ steht nun aber erstmals ein Begriff zur Debatte, der diese Verbindungen und Prozesse in Form einer, wenn auch sehr allgemein gehaltenen und eher visionär gemeinten, Zielbestimmung bündeln kann.

Er fasst damit die angesprochene Ausweitung von Entwicklungspolitik zu einer tatsächlich globalen Problematik zusammen. Diese Problematik ist vorwiegend an jenen nun global und übergreifend wirkenden Bedrohungsszenarien festzumachen, die zwar schon den Ausgangspunkt der Verbindung von Entwicklung und Sicherheit gebildet hatten, die aber von „Resilience“ wie noch von kaum einen Begriff bisher kompakt und dennoch mit weitreichenden Implikationen versehen auf den Punkt gebracht werden. Bedrohungslagen wie auch Handlungsverantwortungen sind in diesem Begriff sowohl gemeinsam als auch getrennt festgelegt: Der potenzielle Terrorangriff der Einen ist der lang andauernde Gewaltkonflikt der Anderen, die integrierte *State-Building*-Mission der Einen ist die Verantwortung zur beständigen Adaption an Mangelbedingungen der Anderen.

Die Behauptung einer Beständigkeit der Anpassungsleistungen demonstriert die Abkehr von umfassenden entwicklungspolitischen Zielbestimmungen

hin zu einem prozessorientierten, aber inhaltslosen Mikromanagement, das aber permanent mit Bedrohungsszenarien verknüpft wird. In diesem Sinne ist „Resilience“ das mögliche Resultat einer Transformation des Konzepts der Nachhaltigkeit im Sinne des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus, also der Name einer umfassend zu verstehenden „nachhaltigen Sicherheit“. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob dieser Anspruch in der entwicklungs- und sicherheitspolitischen Praxis seine Entsprechung finden wird.

Literatur

- Bauböck, Rainer (2004): „Migration und innere Sicherheit: Komplexe Zusammenhänge, paradoxe Effekte und politische Simplifizierungen.“ In: *ÖZP – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33 Jg., Nr. 1, S. 49-66.
- Bilgin, Pinar, & Adam David Morton (2002): „Historicising Representations of ‘Failed States’: Beyond the Cold-War Annexation of the Social Science?“ In: *Third World Quarterly*, Bd. 23, Nr. 1, S. 55-80.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2007): *Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung*. BMZ Konzepte, Nr. 149, März 2007, Berlin.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2009): *Promoting Resilient States and Constructive State-Society Relations – Legitimacy, Transparency and Accountability*. BMZ Special, Nr. 168, Oktober 2009, Berlin.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2010): *Die Förderung konstruktiver Staat-Gesellschaft-Beziehungen – Legitimität, Transparenz, Rechenschaft*. BMZ Strategiepapier 01, April 2010, Berlin.
- Boås, Morten, & Kathleen M. Jennings (2005): „Insecurity and Development: The Rhetoric of the ‘Failed State’“. In: *European Journal of Development Research*, Bd. 17, Nr. 3, S. 385-395.
- Cabinet Office (2008): *The National Security Strategy of the United Kingdom: Security in an Interdependent World*. London.
- Clingendael Institute (2005): *The Stability Assessment Framework: Designing Integrated Responses for Security, Governance and Development*. Prepared for the Netherlands Ministry of Foreign Affairs, The Hague.
- Collier, Paul, & Anke Hoefler (2001): *Greed and Grievance in Civil War*. New York, NY.
- Debiel, Tobias; Stephan Klingebiel; Andreas Mehler & Ulrich Schneekener (2005): *Zwischen Ignorieren und Intervenieren. Strategien und Dilemmata externer Akteure in fragilen Staaten*. Policy Paper, Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Nr. 23, Bonn.
- DFID – Department for International Development (2005): *Why we need to work more effectively in Fragile States*. London.
- Dillon, Michael, & Julian Reid (2009): *The Liberal Way of War: Killing to Make Life Live*. Oxon & New York, NY.
- Duffield, Mark (2007): *Development, Security and Unending War: Governing the World of Peoples*. London, Cambridge & Malden, MA.
- Duffield, Mark (2010): „The Liberal Way of Development and the Development-Security Impasse: Exploring the Global Life-Chance Divide.“ In: *Security Dialogue*, Bd. 41, Nr. 1, S. 53-76.
- ERD – European Report on Development (2009a): *Overcoming Fragility in Africa: Forging a New European Approach*. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute, Brüssel.

- ERD – Europäischer Entwicklungsbericht (2009b): *Fragilität in Afrika überwinden: Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Ansatz*. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute, Brüssel.
- EU – Europäische Union (2003): *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie*. Brüssel.
- Fuster, Thomas (1998): *Die „Good Governance“-Diskussion der Jahre 1989 bis 1994*. Bern, Stuttgart & Wien.
- Hauck, Gerhard (2004): „Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie.“ In: *PERIPHERIE*, Nr. 96, 24. Jg., S. 411-427.
- Kaldor, Mary (2001 [1999]): *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Stanford, CA.
- Klingebiel, Stephan (2002): *Strukturelle Stabilität: Ansatzpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit*. Beitrag zur VAD-Konferenz 2002, Bonn.
- Migdal, Joel S. (1988): *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*. Princeton, NJ.
- Migdal, Joel S. (2001): *State in Society: Studying How States and Societies Transform and Constitute One Another*. Cambridge.
- NYU & IPA – Center on International Cooperation at New York University & International Peace Academy (2008): *From Fragility to Resilience: Concepts and Dilemmas of State Building in Fragile States*. A Research Paper for the OECD Fragile States Group. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2007): *Principles for Good International Engagement in Fragile States & Situations*. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2008): *Concepts and Dilemmas of State Building in Fragile Situations: From Fragility to Resilience*. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2010a): *Supporting Statebuilding in Situations of Conflict and Fragility. Policy Guidance for Good International Engagement*. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2010b): *Do No Harm. International Support for Statebuilding*. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2010c): *The State's Legitimacy in Fragile Situations: Unpacking Complexity*. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2011): *Supporting Statebuilding in Situations of Conflict and Fragility. Policy Guidance*. Paris.
- Pospisil, Jan, & Ursula Werther-Pietsch (2009): „Good Governance, State Building, Resilience: Der ambivalente Umgang der Entwicklungszusammenarbeit mit der Frage von Staatlichkeit“; In: *Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung* (Hg.): *Österreichische Entwicklungspolitik: Analysen, Informationen 2009: Wie viel Staatlichkeit braucht Entwicklung?* Wien, S. 37-47.
- Rotberg, Robert I. (2003) (Hg.): *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Cambridge & Washington, DC.
- Rotberg, Robert I. (2004) (Hg.): *When States Fail. Causes and Consequences*. Princeton, NJ, & Oxford.
- Schneekener, Ulrich (2006) (Hg.): *Fragile Staatlichkeit. 'States at Risk' zwischen Stabilität und Scheitern*. Baden-Baden.
- USAID – U.S. Agency for International Development (2005): *Fragile States Strategy*. Washington, DC.

Anschrift des Autors:

Jan Pospisil

Jan.Pospisil@oiiip.ac.at